

Nach Vorlage des Ersetzungsantrags (A. Geisel) vorgelegte Änderungsanträge zum Impulspapier

KDV Spandau

Der Landesparteitag möge beschließen:

Impulspapier der Berliner SPD

A: Einleitung

Mit der Entscheidung der deutschen Sozialdemokratie, erneut eine Große Koalition mit der CDU/CSU einzugehen, hat sich die Aufgabe der SPD, die in Schiefelage geratene soziale Gerechtigkeit neu zu beschreiben und zu schaffen, nicht erledigt. Lediglich die Bedingungen, unter denen das neue sozialdemokratische Profil formuliert und öffentlich verfochten werden kann, unterscheiden sich von denen, die in der Opposition geherrscht hätten.

Das Handeln der Bundesregierung wird, wie aus den Erfahrungen mit bürgerlichen Koalitionen zu ersehen und durch die neue Koalitionsvereinbarung bestätigt, mit diesen Zielen naturgemäß nur in Teilen - nie aber in Kernbereichen - vereinbar sein kann, kommt es darauf an, die Unterschiede von Regierungshandeln und sozialdemokratischer Zielsetzung auch gegen erheblichen öffentlichen Druck glaubwürdig darzustellen und zu verteidigen. Das erfordert von beiden Seiten Toleranz und Duldsamkeit.

Die Interessen der Koalitionsparteien sind in ihren Kernbereichen miteinander unvereinbar:

CDU/CSU vertreten die Interessen des Teil der Bevölkerung, die wirtschaftlich stark sind – oder sich zumindest so fühlen können. Die SPD kämpft für den Teil der Bevölkerung, der staatlicher Hilfe bedarf, um sich in der Gesellschaft zu emanzipieren.

Zwar sind beide Seiten den Prinzipien der Gleichheit und Freiheit verpflichtet – freilich mit unterschiedlicher Intensität: Freiheit bevorzugt die Starken - auch auf Kosten der Schwächeren. Gleichheit kann zur Nivellierung der Leistungsfähigkeit führen. Überbordende Freiheit führt zum Turbokapitalismus; unnachsichtige Gleichmacherei begrenzt den Leistungswillen.

Beide Prinzipien müssen ausgeglichen werden. Dies geschieht in der Demokratie zum einen durch die Volksparteien, die sich grundsätzlich beiden Prinzipien verpflichtet fühlen müssen, um regierungsfähig bleiben zu können. Die unterschiedlichen Gewichtungen werden in einer funktionierenden Demokratie nach mitteleuropäischem Muster dadurch ausgeglichen, dass durch wechselnde Mehrheiten Regierungswechsel erfolgen. Dadurch wird garantiert, dass die Betonung des einen und des anderen Prinzips deren Gleichgewichtigkeit in einem stetig andauernden Kampf ausgeglichen werden. In der Bundesrepublik Deutschland ist das lange Zeit erfolgreich praktiziert worden.

Das Zusammengehen beider Volksparteien in einer Großen Koalition ist daher ein gewichtiger Verstoß gegen dieses erfolgreiche Konzept – und konnte nicht ohne Folgen bleiben. Eine Einigung der Volksparteien ist nur in Randbereichen möglich, da wo die Interessen zusammenstimmen. In den Kernbereichen ist das nicht möglich. Das beweist auch die jetzigen Koalition: Für Minister Spahn, der die Ideologie der CDU/CSU besser repräsentiert als die Kanzlerin, ist der gesellschaftliche Beitrag in Form der sozialen Leistungen nach Hartz IV völlig ausreichend.

Nur in Grenzbereichen können sich diese Parteien „einigen“:

„Du bekommst den Mindestlohn und ich bekomme die Maut.“

Oder – wie es jetzt heißt: „Du bekommst die von Dir mutwillig abgeschaffte Parität der Zahlungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Rentenversicherung – und ich bekomme die Privatisierung der Autobahnen.“

Eine solche Einigung hat für beide Volksparteien schlimme Konsequenzen:

Durch die Hartz-Reformen und durch die fortgesetzten Vertiefungen ungerechter Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums durch die Große Koalition hat sich die SPD von ihrer Stammwählerschaft entfernt. In ihrem Drang, die „gesellschaftliche Mitte“ zu erobern und so Mehrheiten zu erlangen, hat sie am Ende auf allen Seiten verloren. Der CDU erging es genauso.

Der Niedergang der Volksparteien stärkt die „kleinen Parteien“, die nur Teile der Wählerschaft binden wollen. Die ganze Gesellschaft wollen sie gar nicht vertreten!

In der konkreten politischen Situation haben insbesondere die AfD und die FDP gewonnen:

Da die SPD auch nicht zu einer klaren, realistischen und konsistenten Flüchtlings- und Integrationspolitik gefunden hat, eröffnete sie das Einfallstor für rechtspopulistische Bewegungen, die – auch auf Kosten der linken Parteien – zu beachtlicher Größe herangewachsen sind und die Politik der Bundesrepublik Deutschland in zentralen Bereichen der Gesellschaftspolitik mehr beeinflussen als die Regierungsparteien. (Was übrigens die demokratiefeindliche Behauptung von der Wirkungslosigkeit der Opposition eindrucksvoll widerlegt).

Die FDP hat der CDU die Wähler genommen, die auf wirtschaftliche Freiheit – auch auf Kosten des sozialen Friedens – setzen. Dass die FDP entgegen ihrer wesentlichen Parteieigenschaft als Mehrheitsbringer darauf setzt, dass die CDU ihre rechtskonservative und wirtschaftlich orientierte Wählerschaft zu Gunsten der FDP verliert, und daher in eine Koalition unter Merkel und Beteiligung der Grünen verzichtete, ist ein deutliches Zeichen für die Ablösung der Wählerinnen und Wähler von Parteien, die Gruppenübergreifend das Allgemeinwohl repräsentieren wollen.

CDU/CSU und SPD sind bei Strafe ihres Verlustes als Volksparteien gefordert, in den zentralen gesellschaftlichen Bereichen, überzeugende Antworten zu geben, die notwendig unterschiedlich ausfallen müssen, weil sie die Kernbereiche der jeweiligen parteilichen Orientierung betreffen müssen.

Die SPD muss in folgenden Politikfeldern darlegen, was sozialdemokratische Ziele ausmacht. Sie muss dabei u.a. folgende Fragen beantworten:

1. Wirtschaft/Arbeitsmarktpolitik/Digitalisierung:

Nach Vorlage des Ersetzungsantrags (A. Geisel) vorgelegte Änderungsanträge zum Impulspapier

- Welche Auswirkungen hat die so genannte "Digitalisierung" für die Arbeitsplätze?
 - In welchen Wirtschaftszweigen sind die größten Umwälzungen zu erwarten?
 - Welche wirtschafts/strukturpolitischen Maßnahmen können dem entgegenwirken?
 - Welche arbeitsmarkt/sozialpolitische Instrumentarien stehen zur Verfügung oder müssen erweitert werden?
 - Wie könnte ein solidarisches Grundeinkommen in Abgrenzung zu regulieren Arbeitsverhältnissen aussehen und in welchen Tätigkeitsfeldern organisiert werden?
 - Wie soll die Abgrenzung zwischen einem „Ersten“ und einen „Zweiten Arbeitsmarkt“ aussehen?
 - Welche Teilschritte, die mehrere Möglichkeiten offen halten, aber dem Ziel der gesellschaftlichen Isolation gewichtiger Teile der Bevölkerung entgegenwirken?
 - Ist die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens sinnvoll? Welche Alternativen gibt es?
 - Wie sind die Lasten der Umgestaltung des Arbeitsmarkts zwischen Staat, Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu verteilen?
2. Flüchtlings/Integrationspolitik:
- Gibt es eine begrenzte Aufnahmekapazität der Bundesrepublik für Flüchtlinge und Migranten?
 - Wenn ja, wovon ist diese abhängig, d.h. welche infrastrukturellen Voraussetzungen für die Aufnahme von Flüchtlingen bzw. Integration von Migranten müssen bereitgestellt werden und welche personellen und finanziellen Ressourcen sind erforderlich?
 - Wie und auf welchen politischen Handlungsebenen (Handelspolitik, Umweltpolitik, Entwicklungspolitik, Militärpolitik) kann man Fluchtursachen bekämpfen?
 - Ist eine gesamteuropäische Flüchtlingspolitik realistisch?
 - Welche Fehler der bisherigen Integrationspolitik sind uns unterlaufen und mit welchen Konsequenzen (Gettoisierung, Sprach- und Bildungsdefizite, Kriminalitätsentwicklung, religiöse Radikalisierung) haben wir dabei zu beachten?
3. Schule und Bildung:
- Wie groß ist die Diskrepanz zwischen dem Anspruch auf beste Bildungsmöglichkeiten und dem realen Ergebnissen?
 - Welche finanziellen und personellen Voraussetzungen sind erforderlich, um bereits formulierte Ziele (Inklusion, Integration von Migranten/Flüchtlingen, Förderung sozial Benachteiligter) durchzusetzen?
 - Wie sind die Ergebnisse der bisherigen Bildungsstrategien und sind Änderungen erforderlich?
 - Wie ist das Leistungsgefälle zwischen Kindern aus dem Bildungsbürgertum und denen bildungsferner Schichten zu mildern?
4. Wohnungsbau/ Mieter-Politik:
- Wie ist preiswerter Wohnraum definiert?
 - Sind die aktuellen Maßnahmen für Wohnungsbau und Mietpreisbegrenzung ausreichend?
 - Sind Genossenschaften oder die Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus sinnvoll und mit welcher finanziellen Ausstattung?
 - Sind weitere gesetzliche Eingriffe im privaten Wohnungsbau/besitz erforderlich und juristisch möglich sowie politisch begründbar?
5. Gesundheit und Pflege:
- Welche Defizite gibt es im Bereich der stationären, ambulanten Versorgung bzw. im Pflegebereich?
 - Welche Steuerungsmöglichkeiten für die Politik gibt es und sind diese ausreichend?
 - Welche Möglichkeiten der Anhebung des Einkommens im Pflegebereich gibt es und was halten Sozialdemokraten für angemessen?
 - An welchen Problemen kann die Bürgerversicherung korrigierend eingreifen und wo nicht?
 - Welche Konsequenzen hat die Privatisierung der Versorgung im akut stationären sowie Pflegesektor?
 - Gibt es Grenzen bei der Finanzierung medizinisch- technischer Leistungen?
 - Welche preisdämpfenden Maßnahmen sind möglich?
6. Umweltpolitik:
- In welchen Bereichen (Klimaschutz, Artenschutz, Landwirtschaft) sehen wir den dringendsten Handlungsbedarf?
 - Wo müssen die größten Konflikte mit Wirtschaft/ Verkehrs / Energiepolitik gelöst oder ausgehalten werden?
 - Welche sozialverträglichen Lösungen einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik können angeboten werden?
 - Was bedeutet der sozialökologische Umbau konkret?
7. handlungsfähiger Staat:
- Welche Bedeutung hat eine funktionierende Verwaltung für die moderne Gesellschaft?
 - Welche personellen und finanziellen Voraussetzungen müssen gegeben sein auch in Hinblick der demographischen Entwicklung und Digitalisierung?
 - Funktionieren die demokratischen Kontrollen und sind Entscheidungsprozesse transparent?
 - Welche Aufgaben müssen unter öffentlich- staatlicher Kontrolle und Gestaltung bleiben bzw. zurückgeholt werden?
 - In welcher Größenordnung bewegt sich das dafür notwendige finanzielle Volumen?
 - Sind die aktuellen bzw. zu erwartenden Steuereinnahmen dafür ausreichend oder müssen neue Finanzierungsquellen (Vermögens/Erbschaftssteuer, Spitzensteuersatz) erschlossen werden?
 - Wie lässt sich eine gegebenenfalls notwendige Umverteilung des gesellschaftlichen Vermögens begründen?

Nach Vorlage des Ersetzungsantrags (A. Geisel) vorgelegte Änderungsanträge zum Impulspapier

7. Innere Sicherheit

Die Innere Sicherheit ist zu einem zentralen Problem der Politik geworden. Da die deutsche Bevölkerung diesem Thema überragende Bedeutung beimessen, muss die Partei auch ein sozialdemokratisches Konzept entwickeln. Hier kann aber für eine Diskussion auf das „Impulspapier“ der Landesvorstands zurückgegriffen werden. Teilaspekte dieses Themas werden in der Arbeitsgruppe entschieden werden müssen, die sich mit Integrations- und Flüchtlingspolitik befasst.

8. Strategien gegen Rechts

- Welches sind die Gründe für das Erstarken der rechten Bewegungen in Europa?
- Welches sind die Gründe für das Erstarken der Rechten in Deutschland?
- Warum haben unsere Gegenstrategien nicht gewirkt? Welche Gegenstrategien hat es überhaupt gegeben? Was haben wir getan, um sie umzusetzen?
- Welche neuen Strategien gegen Rechts sind entwickelt worden? Verspricht die Methode der CSU Erfolg? Welche sozialdemokratischen Alternativen sind erarbeitet?

9. Parteireform

- Wie ist die Basis der Partei in die Entscheidungsfindung einzubinden?
- Welche Anstrengungen und Mittel sind erforderlich, um in den so genannten „Neuen Bundesländern“ eine wahrnehmbare Partei aufzubauen?

In der konkreten Arbeit an diesen Themen, werden sich auch andere Fragestellungen und Zuordnungen ergeben. Das Impulspapier ist kein unabänderliches Regelwerk, sondern bedarf ständiger Korrektur und Fortschreibung. Wichtig ist eine offene Diskussion in der Partei, aber auch in der Öffentlichkeit.

Voraussetzung einer erfolgreichen Arbeit ist eine schonungslose Feststellung der tatsächlichen Situation, die eine realistische und konsistente Planung ermöglicht.

Und es gehört der Mut und die Energie dazu, die Unterschiede zwischen aktuellem Regierungshandeln in der Bundesregierung und der Definition klarer sozialdemokratischer Ziele, die den Vertretern der Partei vorgehalten und öffentlich angeklagt werden, zu erklären und offensiv zu vertreten.

Nur wenn es der Partei gelingt, diesen Spagat zwischen praktischem politischen Handeln in einer Koalitionsregierung und einer politischen Neubestimmung auszuhalten, wird die Reform der Partei auch unter den Bedingungen einer Großen Koalition gelingen.

Gelingt dies nicht, dürfte dies für lange Zeit das Ende der Volkspartei SPD sein.